

Presse

Nr. 22/14 vom 12.09.2022

Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

Wie kann die Energieversorgungssicherheit auf mittlere Sicht gewährleistet werden – welche Optionen bestehen für Deutschland und Europa?

Berlin. **Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine richten sich derzeit die Anstrengungen auf die Sicherstellung der Strom- und Wärmeversorgung. Der veränderte Blick auf Gas als Brückentechnologie erfordert eine Neubewertung aller verfügbaren Optionen. Die Frage nach dem zukünftigen Energieversorgungssystem sollte möglichst schnell beantwortet werden. Im Rahmen der Sitzung des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ am 9. September d.J. wurden erste Antworten darauf mit Vertretern verschiedener Energieträger erarbeitet und diskutiert.**

In seinem Eröffnungsvortrag richtete Prof. Dr. Hubertus Bardt, Geschäftsführer & Leiter Wissenschaft, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., den Blick in die mittelfristige und langfristige Zukunft der Energieversorgung in Deutschland und machte gleich zu Beginn deutlich, dass die Preisexplosionen an den Märkten die brisanteste Komponente bezüglich der künftigen Deckung des Energiebedarfs bleiben werde. Die exorbitant hohen Preise würden nicht nur für einkommensschwache Haushalte zur Belastung, sondern auch die Haushalte der mittleren Einkommensschichten treffen. Mit Blick auf die explodierenden Gaspreise dämpfte Bardt die Hoffnung, dass die Preise an den europäischen Börsen in absehbarer Zeit wieder sinken und sich unterhalb des Preiskorridors der japanischen Märkte einpendeln würden. Die europäische Wettbewerbsfähigkeit sei damit massiv gefährdet. Aufgrund der Bedrohungslage, der die Energieversorgung kurz- und mittelfristig unterliege, warnte Bardt abschließend davor, dass der für die Energiewende erforderliche Strukturwandel in einen regelrechten Strukturbruch zu kippen drohe.

Der Hoffnung, Deutschland könne sich künftig energieautark machen, erteilte er eine klare Absage, „[...] Deutschland ist eine Energie-Importnation [...]“ und werde es auch künftig bleiben, so Bardt. Perspektivisch legte er dar, dass der deutsche Energiebedarf selbst im Falle deutlicher Energieeffizienzsteigerungen hoch bleiben werde. Er leitete daraus ab, dass Öl als Primärenergieträger noch lange eine wichtige Rolle spielen werde. Noch schwieriger würde sich die Substitution russischen Gases gestalten, die kostenintensiv sei. Zudem könne man nicht sicher ausschließen, dass an den internationalen Märkten russisches Gas über Zwischenhändler feilgeboten würde.

Für den Hoffnungsträger Wasserstoff verwies Bardt darauf, dass die globalen Märkte sowie eine Neustrukturierung entlang der gesamten Wertschöpfungskette entscheidend sein würden zur Deckung des Energiebedarfs, da die heimische Wasserstoff-Produktion den hohen Bedarf nicht decken können werde.

Ralf Fücks, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter, Zentrum Liberale Moderne, stellte klar, dass es zu den bisherigen Handelsbeziehungen mit Russland kein Zurück geben werde, da der fehlende politische Pluralismus im Land, die schwindende Gewaltenteilung und die massive politische Indoktrination der russischen Gesellschaft unabhängig von der Person Putins nur schrittweise reversibel seien. Daraus zog er zwei Konsequenzen, nämlich, dass die Trennung der Sicherheitspolitik und der Energie- und Wirtschaftspolitik im politischen Raum Deutschlands dergestalt künftig nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Zweitens sei der Zielkonflikt zwischen der Energieversorgung und dem Klimaschutz zugunsten der Versorgungssicherheit aufzulösen, wobei sich Fücks auf eine Bemerkung des Wirtschaftsministers berief. Diese ebne den Weg für die Wiederaufnahme der heimischen Gasförderung und die Aufnahme des Fracking-

Verfahrens, eine Abkehr von der Farbenlehre beim Wasserstoff (v.a. blauer und türkiser H₂), die den Hochlauf zeitlich verschleppende und behindernde, sowie für die Zulassung von synthetischen Kraftstoffen im Straßen- und Flugverkehr. Um den schleppenden Ausbau der Erneuerbaren-Systeme (Netzausbau, Speicherkapazitäten, Wasserstoff) zu kompensieren, plädierte Fücks daneben für strategische Allianzen mit Staaten, in denen erneuerbarer Strom günstig zu produzieren sei und forderte von der Politik, die dafür erforderlichen stabilen Rahmenbedingungen herzustellen. Die größte Sorge sei nicht die Verfügbarkeit von Energie, sondern deren Preis. Er plädierte dafür, neben den einkommensschwachen Haushalten auch die Industrie großzügig zu entlasten, um deren Abwanderung an Standorte mit niedrigen Umweltstandards und günstigerer Energieversorgung vorzubeugen.

Anschließend kamen die Stakeholder zu Wort. Sie trugen vor, welchen Beitrag die jeweiligen Energieträger zur Versorgungssicherheit leisten können und welche Weichenstellungen von der Politik dafür nötig seien. Arnulf Nöding, Director Governmental Affairs Germany, URENCO Deutschland GmbH, konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf zwei Botschaften, nämlich dass die Versorgung der kerntechnischen Anlagen in Forschung, Medizin und Kernenergie der EU und Deutschland durch mit Uran angereicherte Produkte (EUP Enriched Uranium Products) in der aktuellen politischen Lage kurzfristig gesichert sei. Die bestehenden Abhängigkeiten von Russland im Bereich Konversion und Anreicherung seien kurzfristig substituierbar. Als zweites machte er deutlich, dass die Kernenergie einen Beitrag zur Energieversorgung über einen Streckbetrieb der letzten noch bestehenden AKW hinaus leisten könne. Zum Abrufen der noch vorhandenen Kapazitäten und die durchaus mögliche kurzfristige Brennstoff-Neubestellung durch die Betreiber im Rahmen der Urenco Gruppe müsse jedoch der politische Wille gegeben sein.

Dr. Ludwig Möhring, Hauptgeschäftsführer vom BVEG Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V., stellte die Sorge bezüglich der Engpässe in der Gasversorgung in den Mittelpunkt seiner Überlegungen und zeichnete ein düsteres Bild wegen der aktuell unhaltbar hohen Preise. Mit Blick auf den globalen LNG-Markt stelle sich die Frage, ob der – bedingt durch die energiepolitische Abkehr Europas von Russland – in Europa entstehende Zusatzbedarf zu akzeptablen Preisen abgedeckt werden könne und dies in der erforderlichen Geschwindigkeit. Das politisch terminierte Ende für Gas trage dabei sogar zu einer zusätzlichen Verschärfung der Lage bei, da sich die Gaskraftwerke bis 2030 refinanzieren müssen. Um die kritische Versorgungs- und Preissituation zu verbessern, rief Möhring Europa und Deutschland dazu auf, den Wert der heimischen europäischen Ressourcen zu heben. Dies beinhalte zwei Maßnahmen, nämlich zum einen den Erhalt und Ausbau der konventionellen Erdgasförderung. Das begrenzte Potenzial zum Ausbau der konventionellen Erdgasförderung sei zum anderen aber nur durch die Schiefergasproduktion (Fracking-Technologie) kompensierbar, womit sich die aktuelle Erdgasförderung von ca. fünf Milliarden Kubikmeter pro Jahr um die doppelte Menge oder sogar mehr steigern ließe. An die Politik richtete Möhring die Aufforderung, eine informierte Entscheidung über den Einsatz von Fracking zu treffen, die die Versorgungs- und Preissituation sowie die technischen Weiterentwicklungen bei der Schiefergasproduktion berücksichtige.

Dr. Karl-Peter Thelen, Leiter Politik und Regulierung, ONYX Germany GmbH, monierte in seinen Ausführungen die strukturelle Lücke in der gesicherten Leistung sowie den mangelnden politischen Konsens, darüber nachzudenken, mit welchen Energieträgern diese Lücke geschlossen werden solle. Er plädierte dafür, mitsamt der erforderlichen Reform des Strommarktdesigns die nötigen Weichenstellungen zur Investition in Wasserstoff und dessen technische Voraussetzungen sowie für dessen ausreichende Mengenverfügbarkeit zu stellen, damit künftig in gesicherter Leistung auf Basis von Wasserstoff investiert werden könne. Dies gelte vor allem vor dem Hintergrund, dass Wasserstoff als zukünftiger Energieträger durch die nun ausfallenden Investitionen in Gas gefährdet sei. Er stimmte mit Ralf Fücks überein in der Einschätzung, dass auch die Restriktionen für grünen Wasserstoff den nötigen Markthochlauf behinderten. Auf mittlere Sicht stellte er außerdem die Umrüstung der Anlagen zur Kohleverstromung auf klimaneutrale Brennstoffe zur Diskussion.

Dr. Matthias Stark, Leiter Fachbereich Erneuerbare Energiesysteme, Bundesverband Erneuerbare Energie e.V., konzentrierte sich in seinem Statement auf die nötigen Voraussetzungen für die Erneuerbaren. Er verwies darauf, dass im Rahmen eines neuen Strommarktdesigns die betriebswirtschaftliche Grundlage sowohl für die Erneuerbaren-Anlagen als auch die benötigten Flexibilitäten geschaffen werden müsse. Denn gerade Flexibilitäten müssten in einem Umfang installiert werden, der die Dargebotsabhängigkeiten von Wind- und Solarenergie abfedert. Die erforderlichen Flexibilitäten bei einem Ausbau von etwa 700 Gigawatt an erneuerbaren Energien bis 2045 bezifferte Stark mit ca. 40 Gigawatt an Power-to-Heat-Anlagen, ca. 40 Gigawatt an Speichieranlagen und etwa 100 Gigawatt Elektrolyse.

Adrian Willig, Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverbandes en2x, stellte ebenfalls klar, dass Deutschland keinesfalls energieautark werden könne und die Erneuerbaren die Versorgungssicherheit nicht in Gänze gewährleisten könnten. Voraussetzung einer resilienten und flexiblen Energieversorgung in der Zukunft sei die Verknüpfung von Klimaschutz und Versorgungssicherheit durch eine Vielfalt CO₂-neutraler Produkte, darunter Wasserstoff und alternative Kraftstoffe. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien sei der Hochlauf einer internationalen Wasserstoffwirtschaft und eine diversifizierte Beschaffungsstrategie entscheidend. Die heutige Mineralölwirtschaft sehe ihre Verantwortung darin, die nötige Transformation durch die Produktion treibhausgasneutralen Wasserstoffs und alternativer Kraftstoffe, den Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur sowie die Bereitstellung von Speichertechnologien zu unterstützen. Für die nötigen Investitionen in und den Markthochlauf von alternativen Fuels forderte Willig von der Politik jedoch die Umgestaltung der Energiesteuer und die Anerkennung paraffinischen Diesels als notwendige Voraussetzungen.

Anschließend nahmen Abgeordnete der Bundestagsfraktionen Stellung zu den gesammelten Streitfragen und Thesen. In der von Frau Dr. Nietfeld moderierten Diskussion, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., wurden von Lisa Badum (Bündnis90/Die Grünen), Bengt Bergt (SPD) und Mark Helfrich, MdB (CDU/CSU) besonders die Themenkomplexe Fracking und Kernenergie aufgegriffen. Während Bergt eine mögliche Investition in die Fracking-Technologie kritisch sah, Stichwort „strandet Investments“, führte Mark Helfrich die mangelnde Akzeptanz der betroffenen Anwohner vor Ort ins Feld. Er signalisierte aber die Möglichkeit wissenschaftlicher Probebohrungen zum Test neuer Technologien sowie Bereitschaft, im Einzelfall entscheiden zu wollen, wenn entsprechende Projektanträge konzipiert würden. Dr. Ludwig Möhring entgegnete jedoch, dass die Politik eine generelle Neubewertung der Schiefergasproduktion vornehmen müsse, der auch die jeweiligen Länder zustimmten, damit die Branche Projektanträge aufsetze. Lisa Badum nutzte die Diskussion, um Kritik an der oppositionellen Union zu üben, die den Netzausbau sowie den Ausbau der Erneuerbaren über Jahre hinweg verzögert und behindert habe und nun angesichts der Bedrohungslage in der Energieversorgung die Verantwortung bei der Ampel-Regierung suche und sogar den von der CDU/CSU mit auf den Weg gebrachten Atomausstieg revidieren wolle.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der [Website](#) (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV
LinkedIn @FfZeV